



Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Baden-Württemberg KdöR
Firnhaberstraße 7 70174 Stuttgart

Staatsministerium Baden-Württemberg
dem Ministerpräsidenten
Richard-Wagner-Str. 15
70184 Stuttgart

Stuttgart, 16.12.2021

Impfpflicht und Impffreiheit

Sehr geehrter Ministerpräsident Kretschmann,

mit großer Sorge betrachten wir die gegenwärtigen Entwicklungen in der politischen Frage der Einführung einer allgemeinen Impfpflicht.

Im Laufe der letzten Monate der Pandemie ist der Graben zwischen denen, die die Impfung als einzigen Weg aus der Pandemie sehen und denen, die mit der Impfpflicht das Ende des Rechtsstaats befürchten, immer tiefer geworden. Auch an den Kirchen ist diese Entwicklung nicht spurlos vorübergegangen.

Als Kirche sind wir uns unserer Verantwortung vor Gott und den Menschen bewusst und stehen genauso wie die Landesregierung für die Freiheitsrechte der Bürger ein. Der Schutzauftrag des Staates muss dabei in Abwägung zur Freiheit des Einzelnen gebracht werden, welche es ebenfalls zu schützen gilt. Insbesondere in Gewissensfragen kommt dem eine besondere Bedeutung zu, die es zu berücksichtigen gilt. Daher ist es uns ein besonderes Anliegen und wir stehen dafür ein, dass jedem Menschen die Freiheit zustehen soll, eigene Entscheidungen eigenverantwortlich zu treffen. Das ist im Falle einer allgemeinen und gesetzlich verordneten Impfpflicht nicht mehr möglich.

Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Baden-Württemberg KdöR
Firnhaberstraße 7 70174 Stuttgart
Tel: +49 711 16290-23 | E-Mail: bw@adventisten.de | www.bw.adventisten.de
Volksbank Stuttgart eG | IBAN: DE79 6009 0100 0227 3910 12 | BIC: VOBAD533XXX

Ihr Ansprechpartner (Präsident)

Eugen Hartwich | Tel: +49 711 16290-12 | E-Mail: eugen.hartwich@adventisten.de



Wir sind uns bewusst, dass die leitenden Politiker unseres Landes, besonders auch im Blick auf die Eindämmung der Pandemie, sehr vielschichtige Entscheidungen treffen müssen, und darum ringen, die besten Maßnahmen dafür zu beschließen. Insbesondere vor der Bundestagswahl wurde eine Impfpflicht praktisch von fast allen führenden Politikern kategorisch ausgeschlossen. Wenn nun die Verantwortungsträger nicht zu ihrem Wort stehen und doch eine allgemeine Impfpflicht eingeführt wird, würde das zu einem noch tiefergehenden Vertrauensverlust der Menschen gegenüber der Politik führen. Gleichzeitig hätte diese Maßnahme unabsehbare Folgen für das friedvolle und tolerante gesellschaftliche Zusammenleben in unserem Land.

Daher bitten wir Sie herzlich und eindringlich, sich dafür einzusetzen, dass keine allgemeine Impfpflicht beschlossen wird und die Frage nach Eingriffen in die körperliche Integrität die Entscheidungsfreiheit eines jeden Einzelnen bleibt.

Im Namen unserer Mitglieder danke ich Ihnen für Ihren Einsatz für die Gesundheit und Freiheit in unserem Land.

Mit freundlichen Grüßen

Eugen Hartwich
Präsident